

UNIVERSITÄT LUXEMBURG

Historiker- streit

Richard Graf

**Droht der Luxemburger
Geschichtsforschung und -lehre
das Aus? Ein Hilferuf von
Universitätsverantwortlichen lässt
es befürchten.**

Bei dem Regierungsbriefing am 30. März gab Premierminister Xavier Bettel sich alle Mühe, die Gemüter zu beruhigen: Die Streitigkeiten rund um das Budget der Universität Luxemburg würden bald beigelegt sein. Er verwies auf die am Folgetag stattfindende Sitzung des Conseil de gouvernance der Universität und die für diese Sitzung geplante, mehr als ein Jahr verspätete, Beratung über die Budgetvorlage 2017. Der Conseil, eine Art Verwaltungsrat, setzte sich tatsächlich über das negative, aber unverbindliche, Votum des Universitätsrats hinweg, der zwei Tage zuvor das Budget abgelehnt hatte (siehe woxx 1418).

Die vom Premier erhoffte Beruhigung trat aber nicht ein: Am Dienstag dieser Woche meldeten sich die Mitglieder des Historischen Instituts der Universität mit einem umfassenden „Appell an den Staat, Luxemburger Geschichte an der Universität als unverzichtbar zu erklären und ein entsprechendes Budget zur Verfügung zu stellen“.

Während die Budgetmisere für die meisten Institute vor allem Kürzungen im laufenden Haushalt bedeutet - von durchschnittlich 17 Prozent ist die Rede -, scheint es bei den HistorikerInnen um die Existenz ihres Instituts zu gehen. Dass es soweit gekommen ist, hat zwar nicht nur mit Budgetproblemen zu tun, doch dürften diese der Tropfen gewesen sein, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

Eine der vom Conseil de gouvernance zurückbehaltenen Sparmaßnahmen trifft das Historische Institut besonders hart: Jene Professuren, die bis dato von ehemaligen Sekundarlehrern besetzt waren, weshalb deren Gehälter vom Erziehungsministerium getragen wurden, sollen nicht automatisch neu besetzt werden, wenn die aktuellen InhaberInnen in den Ruhestand treten. Das würde bedeuten, dass neben einem bereits

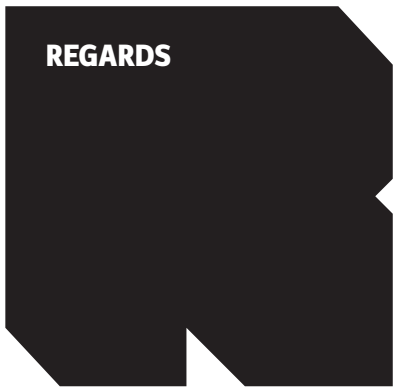
vakanten Posten ab Herbst eine weitere Professur wegfällt. Ab diesem Zeitpunkt stünden damit nur noch drei Professuren für jene Epochen zur Verfügung, die nicht von dem 2016 geschaffenen Institut für zeitgenössische und digitale Geschichte (C²DH) abgedeckt werden, also für die Zeit von der Antike über das Mittelalter bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. „Ein Ding der Unmöglichkeit“ nennen dies die verbleibenden ProfessorInnen und weisen darauf hin, dass 2016 nicht weniger als 90 junge Menschen ein Geschichtsstudium an der Luxemburger Universität begonnen haben.

Ohne Neubesetzung der beiden Lehrstühle stellt sich die Frage, ob der angebotene Studiengang überhaupt noch internationalen Kriterien genügen könne. Dabei hat das Institut in den letzten Jahren gerade auch im internationalen Vergleich gute Noten erhalten. Noch im Februar dieses Jahres hat die Schweizer Firma Interface befunden, dass das Historische Institut der Universität Luxemburg nicht nur bei Forschung und Lehre sehr gut abschneidet, sondern auch „effizient in der Erwerbung von externen Forschungsgeldern und national wie international gut vernetzt“ ist.

Kein international anerkanntes Studium mehr?

Die Luxemburger HistorikerInnen verweisen in diesem Zusammenhang auf die über 17 Millionen Euro, die seit 2008 eingeworben wurden, um vor allem Zeitverträge für zusätzliche ForscherInnen zu finanzieren. In den vergangenen sieben Jahren haben 23 HistorikerInnen am Institut promoviert, und weitere 19 schreiben derzeit an ihrer Dissertation. Trotz dieser durchaus positiven Bilanz können die Verantwortlichen des Historischen Instituts sich des Verdachts nicht erwehren, dass seitens der Politik kein Interesse daran besteht, weiterhin den „Studierenden ein vollständiges, vielfältiges und international anerkanntes Geschichtsstudium an ihrer eigenen Universität“ zu bieten.

Sollte aber an einem Studium, das





alle Epochen abdeckt festgehalten werden, müsste konsequenterweise auch jede Epoche mit einer Professur vertreten sein - „in Lehre und in Forschung, wie es bei einer ‚Forschungsuniversität‘ gefordert werden muss“. Der drohende Wegfall zweier Lehrstühle - jener für die Frühe Neuzeit (16. -19. Jahrhundert) und der für die transnationale Luxemburger Geschichte - würde bedeuten, dass Forschung und Lehre über zahlreiche entscheidende Ereignisse und Entwicklungen der Luxemburger Geschichte nicht mehr stattfindet. „Über den 30jährigen Krieg, der Luxemburg 25 mal mehr Tote gekostet hat als der Zweite Weltkrieg“, oder etwa über die Proto- und Frühindustrialisierung, über Migrationen vor dem 20. Jahrhundert oder über Langzeitentwicklungen im Raum Luxemburg usw. würde dann nicht mehr geforscht und gelehrt. Dabei sei gerade die frühe Neuzeit ein Stiefkind der historischen Forschung zu Luxemburg, heißt es weiter - wohl auch an die Adresse jener politisch Verantwortlichen gerichtet, die glauben, zu diesen Bereichen sei bereits alles gesagt und eine Universität des 21. Jahrhunderts sollte sich auf aktuellere Themen beschränken.

Mit dem Communiqué tritt offiziell ein Konflikt zu Tage, der mit den Auseinandersetzungen um die Schaffung des bereits erwähnten C²HD entstand: In ihrer Regierungserklärung von 2013 hatte die gegenwärtige Koalition die Schaffung eines „Instituts für Zeitgeschichte“ in Aussicht gestellt. Diese Konstruktion war eigentlich dazu gedacht, verschiedene in der Vergan-

genheit entstandene, nebeneinander funktionierende Forschungs- und Dokumentationszentren zur zeitgenössischen Geschichts- und Sozialforschung zusammenzuführen. In einer späteren Phase wurde dann auch noch das 2002 gegründete „Centre virtuel sur la connaissance de l'Europe“ (CVCE) in das neue Forschungszentrum integriert.

In der Folge wurden diesem Institut für Zeitgeschichte immer weitergehende Zuständigkeiten zugewiesen, was schließlich in der Gründung eines der Luxemburger Universität angegliederten eigenen Forschungszentrums resultierte. Dem neu geschaffenen Interdisziplinären Zentrum stehen vier Professuren und weitere vier Stellen für senior research scientists zur Verfügung, die sich auf die Geschichtsschreibung der letzten 100 Jahre konzentrieren.

Neue Professuren nur mehr für Zeitgeschichte

Die vom Hochschulministerium forcierte Schaffung des C²HD war eine der ersten Entscheidungen die der neue Rektor Reinhard Klump umsetzen musste. Schon damals hieß es aus Kreisen der Historikerinnen, es gelte aufzupassen, dass dies nicht auf Kosten der bisherigen Geschichtsforschung gehe.

Vor der Gründung des neuen Zentrums deckte das Historische Institut nicht nur diesen historischen Zeitraum ab, sondern betrieb auch bereits verschiedene Projekte im Bereich der sogenannten „digital humanities“. So zum Beispiel die Erstellung eines in-

teraktiven und interdisziplinären Atlas der Großregion, der seit 2007 unter gr-atlas.uni.lu online verfügbar ist.

Dass bis dahin die jüngere Geschichte etwas zu kurz gekommen war, räumt der ehemalige Dekan der geisteswissenschaftlichen Fakultät, Professor Michel Margue, gegenüber der woxx auch ein. Mit der jetzt erkennbar werdenden Politik, Stellen nicht zu besetzen, wird aber nicht nur die Verlagerung ganzer Kompetenzbereiche vom historischen Institut hin zum C²HD betrieben, sondern auch eine Aushöhlung der Forschung zu weiter zurückliegenden Epochen.

Der Hilferuf der HistorikerInnen kommt spät, vielleicht zu spät. Die jüngsten Zahlen zu den Sparmaßnahmen sind zwar widersprüchlich, doch dürften sie für das Geschichtsinstitut bei etwa einem Drittel der bislang für Forschungsarbeiten angesetzten Beträge liegen.

Die Hauptsorge der HistorikerInnen betrifft jedoch den Stellenabbau, denn mit jeder Professur sind auch jeweils Forschungsteams verbunden, und bei der Einwerbung zusätzlicher Forschungsgelder stehen die Professoren an vorderster Front. Fallen sie weg, kommt eine Bewegung nach unten in Gang, die sich kaum noch aufhalten lässt.

Es ist kein Zufall, dass das Communiqué der HistorikerInnen mit „Nation branding statt Geschichtswissenschaft“ übertitelt ist: Ohne eine Forschung über die erwähnten Epochen bliebe die Vorgeschichte der Luxemburger Nationswerdung weitgehend im Dunkeln, heißt es in dem Text, der damit auf die besondere

Rolle der Luxemburger Geschichtsforschung hinweist. „Forschungen zur Geschichte des Altertums und des Mittelalters“ hätten schon lange vor der Gründung der Luxemburger Universität internationale Anerkennung gefunden.

„Wir wenden uns heute an die Luxemburger Gesellschaft in ihrer Vielfalt, denn die Frage betrifft an erster Stelle sie: Hat sie nicht einen Anspruch darauf, dass ihre Geschichte in ihrer ganzen Breite und Tiefe weiter erforscht und gelehrt wird?“ lautet es im Appell der HistorikerInnen an der Universität Luxemburg. Sie positionieren sich dabei in einer metanationalen Perspektive, die auch Epochen begreift, in denen es „noch keine Luxemburger Nation gab und auch der historische Raum über die heutigen Landesgrenzen hinausreichte“. Genau wie Sprache oder Literatur zur aktuellen Reflexion über eine wie auch immer definierte „nationale Identität“ gehören, sollte auch Geschichte in ihrer ganzen Breite in diesen Prozess eingebunden werden.

Die HistorikerInnen fordern des Weiteren eine öffentliche Debatte über die in ihren Augen bereits getroffene Vorentscheidung, die historische Forschung und Lehre auf Zeitgeschichte zu beschränken. Diese Entscheidung betreffe eine der wichtigsten Grundlagen der Gesellschaft. Dies sei gerade für die jüngeren Generationen von Bedeutung, denn es müsse befürchtet werden, dass diesen sehr bald die Möglichkeit zum Erwerb fundierter Kenntnisse der Geschichte genommen wird.